

Wegweiser:
Menschen 1.20 Bk., ungen. 1.20 Bk.
Kleinere Haus- u. Geschäftsbücher
Kleinere 10 Bk., ungen. 1.20 Bk.
Kleinere 1.20 Bk., ungen. 1.20 Bk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenspreis:
Die wichtigste Reichsanzeige
1.20 Bk., ungen. 1.20 Bk.
Kleinere Reichsanzeige
1.20 Bk., ungen. 1.20 Bk.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 14. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Sturz der Münchener Räteregierung!

München, 13. April. Eine Meldung des 3. Armeekorps aus München besagt: Die Garnison München hat sich gegen den Zentralrat erhoben. Die Garnison errichtet eine militärische Diktatur und tritt für das Ministerium Hoffmann ein.

Weimar, 13. April. Nach Meldung des 1. Armeekorps aus München ist die Räteregierung durch die Garnison gestürzt worden. Eine Wiederherstellung kommt nicht mehr in Frage.

Die bayerische Regierung hat folgende Proklamation erlassen:

An das bayerische Volk!

Die Münchener Garnison hat die Gewalt Herrschaft in München ergriffen. Das Kartellhaus der landfremden Eindringlinge ist zusammengebrochen. München und ganz Bayern atmet erleichtert auf.

Die Regierung des Freistaates Bayern.
Der Ministerpräsident: Hoffmann.

Genau eine Woche nach ihrer Ausrufung ist die bayerische Räteregierung wieder zusammengebrochen. Nur einen ganz kurzen Augenblick war es ihr gelungen, durch Ueberrumpelung und Verführung der Öffentlichkeit mit falschen Meldungen einige Teile der Bevölkerung mit sich fortzureißen.

Selten ist in der Geschichte der Versuch, sich der Herrschaft eines ganzen Landes zu bemächtigen, auf so unzureichender Grundlage gemacht worden. Unzureichend waren die Persönlichkeiten der Führer, der Literaten, Phantasten, Spekulanten und Herrenhäuser (im vollen Wortsinne), unzureichend ihre geistigen Mittel, unzureichend vor allem aber ihr Rückhalt in der Bevölkerung.

Mit einer trostigen Bewegung hat das Bayernvolk den Versuch, seinen Nacken unter die Diktatur einer winzigen Minderheit zu beugen, von sich abgeschüttelt. Der Sieg der Regierung Hoffmann ist der Sieg der Demokratie; der Untergang der Landauer, Eisner, Lipp usw. ist eine deutliche Warnung für alle, die ihr Beispiel andernwärts nachahmen möchten!

Ganz Sachsen unter Belagerungszustand.

Dresden, 13. April. Das Gesamtministerium hat über den gesamten Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausübung der Kommandogewalt ist dem militärischen Oberbefehlshaber übertragen worden.

Randgebungen der sächsischen Regierung.
Dresden, 13. April. Wegen der stetig wachsenden Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit wurde gestern über das Gebiet der Stadt Dresden der Belagerungszustand verhängt.

Das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit ist bis auf weiteres aufgehoben.

In einer weiteren Randgebungen verspricht das Gesamtministerium den kriegsverletzten Soldaten die Aufrechterhaltung der Kriegslohnungsstufe, deren Herabsetzung durch das Reich den Anlaß zu den Demonstrationen gegeben hat.

Ein verbreitetes, aber nachgewiesenermaßen falsches Gerücht, daß Minister Reuring Auftrag zum Verlassen von Dresden

noten gegeben habe, gab Anlaß zu harter Beschickung und Ermahnung des Kriegsministeriums. Kriegsminister Reuring ist auf bestialische Weise ermordet worden. Eine solche Handlungsweise fordert die Regierung zu scharfen Maßnahmen heraus.

Das Kriegsministerium freigegeben.

Dresden, 13. April, mittags. (Von einem Privatkorrespondenten.) Gestern abend 6 Uhr begab sich eine Deputation der Demonstranten zum Kultusminister Bück; der die Erfüllung ihrer Forderungen in vollem Umfange zusagte, das heißt Beibehaltung der alten Löhne, gleiche Verpflegung wie die Sicherheitsstruppen und auch von nächster Zeit dasselbe Gehalt wie die Sicherheitsstruppen.

Den B. V. R. wird zur Lage in Dresden berichtet: Unter dem gewalttätigen Demonstranten, die unter Führung des kommunistischen Fronten am Sonntagabend ins Kriegsministerium einbrachen, wurde eine Reihe von Personen russischer Abkunft festgehalten. Die gegenwärtige Lage in Sachsen muß schon deshalb als besonders ernst bezeichnet werden.

Besserung der Lage in Sachsen.

Dresden, 13. April. Infolge des Belagerungszustandes hat sich heute die Lage soweit gebessert, daß überall verhältnismäßige Ruhe eingetreten ist, jedoch durchgehenden vormittags noch kleine Gruppen von Demonstranten die Stadt und entworfenen einzeln auftretende Polizeiorgane.

Der Braunschweiger Generalstreik.

Ausbruch des Bürgerstreiks.

Braunschweig, 11. April. Am 10. April nachmittags hat der bürgerliche Gegenstreik der Beamtenschaft, Ärzte, Apotheker, Lehrer usw. eingesetzt. Infolgedessen ruht der gesamte Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr.

Der Generalstreik der Arbeiter hat auf Schuppenstadi übergriffen. Der Eintritt der Arbeiterschaft von Feine und Tiede in den Generalstreik steht bevor.

In Braunschweig selbst haben die Arbeiter, die die Lage zu einer Lohnbewegung ausnützen wollen, beschlossen, am 16. in den Ausstand zu treten.

Regierungstruppen gegen Braunschweig.

Berlin, 13. April. General Maercker hat vom Reichswehrminister den Befehl erhalten, zum Zwecke der Wiederherstellung gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten mit seinem Korps in Braunschweig einzurücken.

Die Lehre von Dresden.

Den Genossen Reuring, der im Januar von der Revolutionswelle zum Kriegsminister der Republik Sachsen erhoben wurde, hat man außerhalb Sachsens wenig gekannt. Aber so viel weiß man von ihm mit aller Bestimmtheit, daß er in der unabhängigen und der spartakistischen Presse niemals ein Blutbündel, ein Mörder, ein Gewaltmenschen genannt worden ist.

Von diesem Kriegsminister Reuring, der von Spartakisten in die Elbe geworfen wurde — sicher ist sicher — nachher noch durch Schüsse getötet wurde, sagt die „Freiheit“, er sei einem Akt „grauenvoller Lynchjustiz“ zum Opfer gefallen. Sie vermutet, daß die Erbitterung der Kriegsbeschädigten durch die Weigerung des Kriegsministers, mit der Deputation zu verhandeln, gewaltig gesteigert worden ist.

Soviel Worte, soviel Entschuldigungen für eine Tat, die selbst die „Freiheit“ als einen „traurigen Akt des Menschensmordes“ „aus scharfste verurteilen“ muß. Die Beurteilung durch die „Freiheit“ wäre wahrscheinlich noch viel schärfer und weniger entschuldigend reich ausgefallen, wenn man im Lager der Unabhängigen den Mut hätte, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, wenn man endlich darauf verzichten wollte, gegenüber den wüsten Ausschreitungen des Bolschewismus eine Politik des Vertuschens und der Beschönigung zu treiben.

Was in Dresden am Sonnabend geschehen ist, das ist nicht aus der Aufregung einer zufälligen Situation entstanden, sondern nach einem vorbedachten Plan verübt worden. Es war ein schreckliches Theaterstück mit gestellten Szenen und gemachter Entrüstung, das ursprünglich in Berlin gespielt werden sollte, dessen Schauplatz aber nach Dresden verlegt wurde, da die Aufführung in Berlin mißlang.

Ein sauberer Plan ist, wie aus den vertrauenswürdigsten Seiten mitgeteilt wird, anläßlich der Tagung des Rätekongresses in den Räufen einiger radikaler Drahtzieher entstanden. Auf der Suche nach einem zugkräftigen Anlaß für den demnächst fälligen Generalstreik ist man auf die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer verfallen.

Die sollen ohne ihr Wissen die Sturmzone bilden, um die mangelnde Begeisterung der Arbeiterschaft für Generalkriegereierei zu erzwingen. Und das denkt man sich so: Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen sollen zu einer Demonstration aufgerufen werden, um der Regierung wirtschaftliche Forderungen dieser gewiß nicht auf Rosen gebetteten Volksgenossen zu unterbreiten. Man rechnet mit der Ablehnung der Forderungen durch die Regierung und will dann dafür sorgen, daß die Demonstranten nun für die Beseitigung dieser Regierung auf der Straße und vor der Reichsanlei demonstrieren.

Was dann am 9. April in Berlin verübt wurde, ist drei Tage später in Dresden ausgeführt worden. Zu bemerken ist nur, daß der Plan schon damals nicht mehr neu war, denn schon am 6. Januar hatte der jetzige Vorsitzende des später vom „Reichsbund“ abgeplitterten „Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten“ keine Kolonnen als Kanonenfutter des Bürgerkriegs in der Siegeskolonne zu sammeln verübt, was dann im „Reichsbund“ zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gab.

Der infame Streich ist mißglückt, und die moralische Enttäuschung, die mit verlogenen Mitteln gegen die Arbeitslosen aufgeweckt werden sollte, muß sich heute gegen die schuft-

gen Urheber des Planes werden. An ihnen bewährt sich die alte Kriminalistenlehre, daß die größte Dummheit und die unglaubliche Dummheit dicht nebeneinander liegen. Denn nachdem der taufliche Plan in Berlin enthüllt und vereitelt worden war, gehörte die ungeheuerlichste Dummheit dazu, ihn anderorts doch noch zur Ausführung zu bringen.

Jetzt ist über Dresden der Belagerungszustand verhängt. Freiwilligentruppen sind gegen die Anführer in Bewegung gesetzt, die noch einen Teil der Neustadt in Besitz halten. Werden jetzt die Unabhängigen ehrlich genug sein, zuzugeben, daß diese unwillkommenen Maßnahmen von den verruchten Drahtziehern in Dresden erzwungen worden sind? Oder wird jetzt die Fege gegen die Regierung losgehen, die den Belagerungszustand verkündet und „Soldaten gegen das Volk“ marschieren läßt?

Man täusche sich doch nicht über die Stimmung der Bevölkerung. Gewiß ist es leider wahr, daß manche Schichten fanatisiert sind bis nach oben hinaus, aber nicht minder wahr ist es, daß durch die ungeheure Mehrheit des Volkes ein Schrei der Verzweiflung geht über die grauenhaften Zustände, die sich in Deutschland entwickeln. Will man es so weit kommen lassen, daß der Glaube an die Revolution in unzähligen Herzen vernichtet und daß schließlich die äußerste Reaktion als Retter in der Not begrüßt wird? Ist es nicht besser, daß aus den Massen des Volkes heraus das jetzt Notwendige mit fester Hand getan wird, als daß man die schließliche Wiederherstellung der Ordnung einer wirklichen Gegenrevolution überläßt? Jetzt ist es noch Zeit, die durch die Revolution errungenen Volksfreiheiten über ein notwendig gewordenen Übergangsstadium hinaus zu retten und die Dinge so zu wenden, daß nach dem Abebben der spartakistischen Welle Deutschland als der freieste Staat der Welt dasteht. Aber wer weiß, wie lange noch?

Die Reaktion liegt im Hinterhalt und lauert auf die Beute. Bekämpft werden kann sie nur dadurch, daß die Sozialdemokratie ihren Befähigungsnachweis als führende Partei erbringt und das Maß von Ordnung und Sicherheit wiederherstellt, ohne das Leben und Wiederaufbau unmöglich sind. Mit nichts als Duldsamkeit, Liebe, Güte und Sozialisierungsgeist ist das nicht zu erreichen. Dresden lehrt es, München, das Ruhrrevier lehrt es. Minderheiten, die bis zum Verbredertum fanatisiert sind, muß gezeigt werden, daß der souveräne Volkswille nicht mit sich spaßen läßt, und daß Elemente, die von dem Gottesgnadentum alles hinhinnehmen, jetzt aber glauben, dem freien Volksstaat auf der Nase herumtanzen zu können, den Ernst der Zeit unterschätzt haben. Willen zeigen nach rechts und nach links! So wird es gehen. Anders geht es nicht!

Dresden, 13. April. Nach einem vom Ministerium an die Presse gegebenen amtlichen Bericht erweist es sich immer mehr, daß die heftigen Ausgebungen der Kriegsberichten von spartakistischen Agitatoren in verbrecherischer Weise für ihre Pläne ausgenutzt wurden.

Der Entwurf der Völkerbundesverfassung.

Aufnahme mit Zweidrittelmehrheit.

Paris, 13. April. Nach einer Neutermeldung ist der Entwurf des Völkerbundes hier veröffentlicht worden. Nach dem Entwurf wird der Völkerbund gegründet, um ein internationales Zusammenarbeiten zu fördern und den Frieden zu sichern. Der Völkerbund wird umfassen a) alle kriegsführenden Staaten, die in einem dem Entwurf beigegebenen Schriftstück genannt sind; b) alle neutralen Staaten, die ebenfalls genannt sind; c) in Zukunft jedes Land mit Selbstregierung, dessen Zulassung von Zweidrittel derjenigen Staaten, die bereits Mitglieder des Bundes sind, gutgeheißen wird.

Der Bund wird seine Tätigkeit ausüben durch eine Versammlung von nicht mehr als drei Vertretern eines jeden Gliedstaates, von denen der Gliedstaat jedoch nur eine Stimme hat, und einen Rat, der zunächst aus je einem Vertreter der fünf Großmächte und je einem der vier anderen Mächte gebildet ist. Dieser Rat wird von Zeit zu Zeit durch die Versammlung gewählt. Die Zahl der Mächte jeder Klasse, die im Rat vertreten sind, kann durch einstimmigen Beschluß des Rates und durch Mehrheitsbeschluß der Versammlung erhöht werden. Andere Mächte haben das Recht, als Mitglieder des Rates bei der Erörterung von Angelegenheiten teilzunehmen, an denen sie besonders interessiert sind. Im Rat hat wie in der Versammlung jeder Staat nur eine Stimme. Die Entschlüsse beider Körperschaften müssen einstimmig sein, außer in gewissen Fällen, die durch Stimmenmehrheit entschieden werden. Der Völkerbund wird ein ständiges Sekretariat haben. Ein ständiger Gerichtshof für internationale Justiz und verschiedene ständige Kommissionen und Bureaus werden ebenfalls errichtet werden.

Die Gliedstaaten kommen überein: a) ihre Rüstungen zu vermindern, b) sich gegenseitig über ihre gegenwärtige militärische Rüstung und ihr Marine- und Heeresprogramm vollständig zu unterrichten, c) gegenseitig ihr Gebiet und ihre politische Unabhängigkeit zu respektieren und gegen einen fremden Angriff zu sichern, d) alle internationalen Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht oder einer Prüfung durch den Rat zu unterbreiten und in keinem Falle zu einem Kriege zu schreiten, bevor drei Monate nach einem Urteilspruch verstrichen sind oder eine einstimmige Empfehlung erfolgt ist, und fesselt dann nicht zum Kriege zu schreiten mit einem Staat, der das Urteil dieser Empfehlung annimmt, e) einem Staat, der den vorstehenden Vertrag gebrochen hat, zu betrachten, als habe er eine kriegerische Handlung gegen den Völkerbund begangen, alle wirtschaftlichen und anderen Beziehungen mit ihm abzubrechen und Truppen solcher Staaten, welche im Namen des Völkerbundes eine bewaffnete Macht bereitstellen, den Durchzug durch ihr Gebiet zu gewähren.

Die ehemaligen deutschen Kolonien und die Gebiete des Osmanischen Reiches werden im Interesse der Zivilisation durch dazu ausgewählte Staaten in der Eigenschaft als Mandatäre des Völkerbundes verwaltet, der seinerseits die allgemeine Oberaufsicht führen wird.

Zweiter Kätetkongress.

Sechster Verhandlungstag.

Am 110 Uhr eröffnete der Vorsitzende Hauschild die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer einmütigen Kundgebung des Kongresses zu den letzten Vorgängen in Dresden. Der Vorsitzende Hauschild teilte mit, daß sowohl die Fraktion der S. P. D. wie der U. S. P. D. die Anregung gegeben haben, der Kongress möge seinen Abscheu über die

und seine Verurteilung dieser furchtbaren Sachjustiz zum Ausdruck bringen.

Während sich alle Teilnehmer von ihren Plätzen erhoben hatten, stellte der Vorsitzende fest:

Der zweite Kätetkongress hat einmütig mit Entzückung von der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring Kenntnis genommen. Er verurteilt solche Verwahrlosung auf das Entschiedenste und appelliert an die werktätige Bevölkerung Deutschlands, dafür zu sorgen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht durch solche Vorfälle befeuert wird.

Der Kongress nahm dann eine Erklärung einiger Mitglieder der S. P. D.-Fraktion und der demokratischen Fraktion zur Kenntnis, die sich gegen den wilden Handel auf den Straßen Berlins wendet und beschließliche Maßnahmen zur Beseitigung dieses die Kultur und die Moral schädigenden Zustandes verlangt.

Lübeck (Soldatenfraktion) berichtet über die Schritte, die gestern eine Kommission der Soldatenfraktion auf Eruchen einer Abordnung von Kriegsbeschädigten bei dem Kriegsminister unternommen hat, um das Inkrafttreten einer Verordnung zu inhibieren, nach der am 11. d. M. den Lazarettinsassen nur Friedensgebühren bezahlt werden sollen, während den Kranken der Freiwilligenkorps weiterhin die bedeutend höheren Gebührengewährungen werden. Die betreffende Verordnung wird zunächst bis zum 1. Mai suspendiert und dann wohl aufgehoben werden.

Ein von der Soldatenfraktion gestellter Dringlichkeitsantrag, unterstützt von beiden sozialistischen Fraktionen, wurde dann angenommen. Nach ihm bleiben die Soldatenräte bei der Auflösung des Armeekorps bis zur Auflösung der Städte bestehen. Von der S. P. D. war folgender Antrag eingegangen:

„Was zur Neuregelung der Bestimmungen über die Arbeiter- und Bauernräte haben die jetzigen A- und B-Räte ihre jetzigen Funktionen auszuüben. Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß von dem in Betracht kommenden Behörden die finanziellen Aufwendungen für die A- und B-Räte aufgebracht werden.“

Kunze wird die gestrige Debatte fortgesetzt. Johannsen (Fraktion der Bauern- und Landarbeiterräte) verlangt für die schaffende Landbevölkerung eine besondere Räteorganisation, die von unten an aufgebaut sein und die in einem Reichsbauernrat enden soll. Glaser-Bielefeld (S. P. D.): Ein Zweikammersystem würde eine Verzeigerung der Verwaltung und auch eine Verlangsamung der Arbeit zur Folge haben. Wenn aber dadurch eine Einigung der arbeitenden Bevölkerung zu erreichen sei, müßten diese Bedenken natürlich zurückgestellt werden. Der Redner erörtert dann die Tätigkeitsbereiche der Betriebs- und Produktionsräte (Arbeiterräte) und empfiehlt, die zum Aufbau des Räte systems vorliegenden verschiedenen Anträge dem neu zu wählenden Zentralrat zu überweisen.

Siewers (U. S. P.) verteidigt den Antrag seiner Fraktion. Er wendet sich gegen den Reichsminister Wiffel, der versucht habe, den Antrag der U. S. P. lächerlich zu machen, eine Behauptung, die Wiffel durch Zuruf bestreitet.

Bredemann-Effen tritt für den Aufbau der Rätesteuer auf der von der demokratischen Fraktion vorgeschlagenen Grundlinie ein und legt die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Rätegedanken dar. Die christlich-nationale Arbeiterschaft unterstützt das Bestreben, der Arbeit und dem Arbeiter die ihm zukommende Stellung zu geben. Die Ertragscharaktere der Revolution werden gefährdet, nicht von rechts, sondern durch das sinnlose Wüten innerhalb der Arbeiterschaft.

Wästel (S. P. D.) erörtert eingehend die den Betriebsräten und Arbeiterräten zugewiesenen Aufgaben. Aufgabe des Kongresses müsse es sein,

den Arbeiterräten auch die wirkliche ökonomische Macht zu verschaffen. Den Arbeiterräten die ganze politische Gewalt zu geben, gehe nicht an. Auch in Rußland haben die Räte nicht die politische Gewalt.

S. Höllein: In wenigen Wochen wird die Entwidlung über Sie und Ihren jetzigen Antrag hinwegschreiten. (Unruhe bei der Mehrheit, Beifall bei den Unabhängigen.)

Loos (Dem.): Die Mehrheit ist gegen Sie und es wäre bringend zu wünschen, daß Sie immer nur mit geistigen Waffen gegen uns kämpfen. Den christlichen Gewerkschaften, so sagt R. Müller, sei nicht zu trauen, also müsse man sie ausschalten. (Zuruf: Nein!) Sie dürfen niemand ausschalten, der es wagt, eine andere Meinung zu haben als Sie. (Zuruf: Nur die Kapitalisten!) Man kann sagen,

in Deutschland hat nur der ein Recht zu wählen, der auch wirklich arbeitet.

Lauterbach (S. P. D.): Die Kommunisten fordern die Diktatur des Proletariats, die wir als Sozialisten aufs unbedingteste ablehnen müssen, weil wir wissen, daß, wenn die Macht auf Gewalt gegründet ist, sie nicht von langer Dauer sein kann. Die U. S. P. will durch den Zwang die Herzen der Arbeiter gewinnen. Wir lehnen auch diesen Standpunkt ab, da eine Organisation auf Freiwilligkeit beruhen muß. Auch an dem Antrag der S. P. D. habe ich das Zweikammersystem abzulehnen.

Brähler (U. S. P.): Die Arbeitnehmer wollen nicht den Produktionsprozess kontrollieren, sondern mitbestimmen helfen. Der Zentralrat sollte im Einverständnis mit der Regierung die bestehenden Arbeiterräte abwürgen. Wir fordern aber, daß die Arbeiterräte bis zur Neuregelung der Materie bestehen gelassen werden.

Darauf ergriff Däumig zur Schlußbeurteilung das Wort: Der Reichsminister Wiffel hat gesagt, daß es in der Revolutionsgeschichte noch nie eine Regierung gegeben habe, die es allen recht machen konnte. Das ist richtig. Jede Regierung, die den Ritterboden verläßt, dem sie entsprossen, wird immer schärfste Angriffe erfahren, und stößt sie sich auf gegenrevolutionäre Elemente, so läuft sie Gefahr, daß sie von ihren eigenen Stützen gestürzt wird.

Wie Dinge sind nicht von Ewigkeit und gebunden an die augenblicklichen politischen Verhältnisse. Herr Bühler kam uns doch mit doktrinären Argumenten. (Zuruf und Lachen des Mitgliedes Dr. Joelsohn: Sie werden die Massen schon aufwecken!) Däumig benachtigt sich eine große Erregung und er springt auf Joelsohn zu, wobei er in höchster Erregung ihm zuruft: Ihre Jurise und Ihr frivoles Lachen sind eine Herausforderung ohnegleichen, die wir uns auf das Entschiedenste verbitten müssen. Das Stund unseres Lebens kann nicht durch Parlamentsbeschlüsse beseitigt werden. Nur eine Mitarbeit der Massen kann uns aus diesem Chaos herausführen. Wir bedauern tief das unschuldige Blut, das schon geflossen ist und die Uebergriffe einiger tollgewordener Fanatiker, die nach russischem Muster sozialisieren wollen.

Gesen (Zentralrat): Der Antrag der S. P. D. wurde von allen Seiten abgelehnt. Am wenigsten Entgegenkommen aber fand er bei der Regierung. Wir glauben, daß dieser Gedanke das deutsche Volk wieder auf die Beine stellen kann. Wenn Sie eine Diktatur des Proletariats fordern, so müssen wir dies, als mit den Prinzipien der Demokratie nicht in Einklang zu bringen, ablehnen.

Jede Diktatur hat den Terror zur Folge.

Dem zweiten Kätetkongress aber soll man sagen, daß er den gordischen Knoten zerhackt und das Volk aus der tiefsten Dunkelheit zur Arbeit und Ordnung führte und ihm einen Weg zeigte, an dessen Ende die Freiheit steht.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich des Räte systems und ein Zusatzantrag: „Was zur Neuregelung der Arbeiterräte die bestehenden Räte beizubehalten und auch ihre Funktionen festzulegen“ mit allen Stimmen gegen 5 der Demokraten angenommen.

Der Antrag lautet:

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die formal-demokratische Bürgerliche Demokratie verliert in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nach der hohen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen strebt.
2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kammern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind.
3. Zu diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (einschließlich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in den die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.
- 3a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelegten Betrieben erfolgen.
- 3b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbezweiges der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweigs in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.
4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt.
5. Diese ist die Gemeinde, resp. Großgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelegt.
6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Überall besteht eine allgemeine Volkssammer und eine Kammer der Arbeit.
7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkssammer (Gemeindevertretung, Kreisversammlung, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.
8. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen.
9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzesentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Der Volkssammer gehen in der Regel die Gesetzesentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zustellung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Delegierten fand ein Antrag über die Diätenfrage von allen Parteien lebhafteste Zustimmung. Das Haus vertagte sich nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen durch den Vorsitzenden auf Montagmorgen, 10 Uhr.

Einigungsversammlung.

Eine von der Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie gestern veranstaltete öffentliche Versammlung tagte in dem überfüllten Saale des Lehrervereinshauses.

Genosse Eduard Bernstein beleuchtete in einem fast zweistündigen Vortrage die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er wurde häufig unterbrochen durch Zwischenrufe linkerseits und Teilnehmer, die wenig Neigung für den Einigungsgedanken erkennen ließen. Doch die Mehrheit der Versammlung gab unabweisend zu erkennen, daß sie eine ruhige und sachliche Erörterung der Einigungsfrage nicht hören lassen wollte. Der Referent kam zu dem Schluß: Deutschland steht vor einer Katastrophe, wie sie noch nie erlebt worden ist. Nur die Einigung der Sozialdemokratie kann Deutschland aus der gegenwärtigen Situation retten. Die Einigung beider Richtungen würde das Vertrauen zur Sozialdemokratie in der inneren wie in der äußeren Politik wiederherstellen. Die sozialen Meinungsverschiedenheiten sind nicht so groß, daß die Einigung über ein Aktionsprogramm dadurch gehindert werden könnte. Wenn aber die sachliche Einigung möglich ist, dann darf sie an der Personenfrage nicht scheitern. Man kann die Regelung der Personenfrage der geeinten Partei überlassen. Wenn aber das Mißtrauen gegen bestimmte Personen so groß ist, daß die Einigung dadurch gehindert werden könnte, dann müssen beide Seiten in der Personenfrage Opfer bringen. Eine Vergewaltigung, die aus den Massen herauskommt, muß die Einigungsgrundlage zu finden suchen.

Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Einbezüglich sprachen Redner beider Parteien für die Einigung. Ein Unabhängiger, der gegen die Einigung sprach, mußte auf stürmisches, fast einstimmiges Verlangen der Versammlung abtreten.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sich für die Einigung der sozialistischen Bruderparteien ausspricht und die Versammelten verpflichtet, in ihren Organisationen für die Wiedervereinigung zu wirken.

Eine Resolution, die die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, dem Reichswehrminister telegraphisch einen Protest gegen die verhängte Herabsetzung der Kriegslöhne der Verwundeten von 1 R. auf 30% Pf. zu übermitteln.

Theater.

Theater der Friedrichstadt: Einakter-Abend.

Zensur! Nur Ruder mögen sie wieder herbeiwünschen. Er warde aber niemand von der allgemeinen Demokratisierung eine Erhebung der Künste. Jetzt blüht das Geschäft; und hierauf berufen sich alle Pseudodichter besonders. Beweis: diese vier Einakter. Wollte man nach ihnen die Weltlage beurteilen, gäbe es keine sozialistische Revolution. Kapitalistische Bourgeoisie herrscht nach wie vor; und das Weib wäre kein zur Freiheit berufener Mensch — nur Geschlechtsleier.

In Wilhelm Rühls Stütz (Stütze) „Der Anschlag“ wird, unter Aufbarmachung des Doppelgänger-Motivs, von zwei Gannern berichtet, ein verliches Jungweib einem brutalen Lebendgenüßler ins Garn zu jagen. Polizei greift rechtzeitig ein. Wirkungen.

Schwänke sind die anderen drei: Ludwig Girjsfeld macht uns mit einer „Dame ohne Beruf“ bekannt. Typus: eine von jenen, die sich von der gehenden Moral höchstmpögender „aushalten“ lassen. Schürzig davon ist allenfalls zu sehen, wie ein — Steuerinspektor hinter das Geheimnis des Einkommens der Dame zu bringen versucht. Sein junger Hilfsbeamter muß dabei den „Köder“ machen. Gewisse satirische Spizen gegen das „alte Regime“ sind nicht zu verkennen.

„Die G'schamige“ von August Reichard, eine mündenerische Kasingsliedlei mit keinen Wiederholungen, dankt mir das angenehme Stückchen. Das eine Dame markiert ihrem heimlich Angebeteten auf Reduzen bis in sein Quartier nachsteht — nun, das gibt's. Hauptsache: wenn die Weibstugend moralisch am Rande jähler Abgründe wandeln kann, ohne früher, als es der Verfasser beabsichtigt, hinabzugleiten.

Der Hauptteller Nr. 33 von H. Fischer führt ein liebliches Dämchen vor, das sich selber verliert und weit dem Manne seiner stillen Reizung die Gewinnnummer in die Hand zu spielen. Aber vor dem Bett mit dem Dienstmann drin reifen alle neun Mufen aus, und kumpfe Geschwafelhaftigkeit setzt sich zu Tisch. Die Darsteller bemühten sich nicht wenig, womöglich noch deutlicher zu scheinen, als schicklich und künstlerisch geboten war. In dessen gab Erna Baskin doch im reizend „schamige“ Viel ab.

Gewerkschaftsbewegung

Der Angestelltenstreik vor dem Vollzugsrat.

Gemäß einer in der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung des Vollzugsrats getroffenen Entschliessung fand am Sonntagvormittag 11 Uhr eine Sitzung in den Räumen des Vollzugsrats statt, um den Streik der Angestellten in der Metallindustrie durch eine Verhandlung beizulegen.

In dieser Sitzung nahmen außer den Vertretern der Angestellten die Arbeiterräte des A.-E.-G.-Konzerns ein Vertreter der deutschen Regierung, der Oberbürgermeister Vermuth, der Generaldirektor Brückmann, Volksbeauftragter der Stadt Berlin Bruns und von dem Verband Berliner Metallindustrieller die Herren Dr. Oppenheimer und Donner teil. Als Vertreter der Zentralstreikleitung der Angestellten in der Metallindustrie war eine Kommission von 10 Mitgliedern erschienen. In mehrstündiger Debatte wurde auf die Entstehung und den Verlauf der Bewegung hingewiesen.

Im wesentlichen handelte es sich um das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Einstellungen und Entlassungen innerhalb der Betriebe.

Den Angestellten, die heute schon das Mitbestimmungsrecht verträglich festgelegt wissen wollen, steht der Standpunkt der Arbeitgeber, der Belegschaft nicht vorzugreifen, gegenüber.

Im Verlauf der Sitzung wurde von den anwesenden Mitgliedern des Vollzugsrats folgende Erklärung abgegeben:

Der Vollzugsrat hält in Anbetracht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage eine Einigung der beiden Parteien für erforderlich. Er erklart die Parteien erneut, in Verhandlungen einzutreten, und empfiehlt den Arbeitgebern dringend, schon jetzt den Forderungen der Angestellten auf die Gewährung des Mitbestimmungsrechts gerecht zu werden, da es sich hier um eine Forderung handelt, die von der gesamten Arbeiterklasse als berechtigt angesehen wird.

Gemäß obiger Erklärung wurde der Vorschlag, nochmals zu beraten, gutgeheißen. Zu der am Montag nochmals stattfindenden Versammlung, der getrennte Verhandlungen der Parteien vorausgehen, wurde folgender Vorschlag als Verhandlungsbasis angeboten:

„Einstellung von Angestellten.“

Die Firmenleitung ist verpflichtet, dem Angestelltenausschuss von jeder Neueinstellung Kenntnis zu geben. Erfolgt auf Einbruch des Angestelltenausschusses keine Einigung mit der Firmenleitung, so entscheidet ein Schlichtungsausschuss. Nur wichtige Gründe können für die Verweigerung der Neueinstellung maßgebend sein, insbesondere Gründe, welche gegen die berechtigten Interessen der Angestellten des Betriebes verstößen.

„Kündigung und Entlassung von Angestellten.“

Kündigungen und Entlassungen von Angestellten bedürfen der vorherigen Zustimmung des Angestelltenausschusses. Kommt eine Verständigung zwischen Firmenleitung und Angestelltenausschuss nicht zustande, so entscheidet ein Schlichtungsausschuss. Das Material zur Begründung des Anspruchs ist bei der Beratung mit dem Arbeitgeber vorzulegen.

Die Vertreter der Arbeitgeber erklären, daß ihnen diese Formulierung in einigen Punkten zu weit zu geben scheint, woegen die Arbeitnehmervertreter zum Ausdruck bringen, an der ursprünglichen Form des Mitbestimmungsrechts festhalten zu müssen.

Eine Einigung über Entschädigung für den Ausfall der Gehälter während der Streikzeit wurde nicht für unmöglich gehalten und soll die Erledigung dieser Frage der noch stattfindenden Verhandlung vorbehalten bleiben.

Die Streikleitung erläßt folgenden Aufruf:

An alle Angestellten!

Seit 12 Tagen kämpfen die gesamten Angestellten der Berliner Metallindustrie um das Mitbestimmungsrecht. Aus unerträglichem wirtschaftlicher Notlage heraus erhoben sich alle, unbeschadet ihrer gewerkschaftlichen und politischen Anschauungen, einmütig, um gegen die unendlichen Verschleppungen der Tarifverhandlungen zu protestieren. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat sich immer noch nicht entschließen können, der neuen Zeit auch nur die bescheidensten Konzessionen zu machen. Anstatt die Angestellten durch eine wirkliche Beteiligung an den Interessen der Betriebe für die kommende wirtschaftliche Umwälzung zu erziehen und so den alten Standpunkt des Betriebsabsolutismus zu verlassen, steht er diesen davorstehenden Forderungen den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Endlich verhandelt er sich zu einem Zugeständnis, das aber anstatt eines Fortschrittes für viele Betriebe eine erhebliche Verschlechterung des bestehenden Zustandes herbeiführen würde.

Damit stehen wir vor der Entscheidung von Sein oder Nichtsein unserer gesamten Zukunft. Die Regierung hat durch Kabinettsbeschluss unsere Forderungen grundsätzlich anerkannt und deren gesetzliche Verwirklichung zugesagt. Das hindert aber die Unternehmer nicht, noch wie vor in ihrer absonderlichen Haltung zu verharrten.

Es ist offenbar, daß hier eine Nachdrücke versucht wird, die auf dem Rücken unserer gesamten Volkswirtschaft ausgeübt werden soll. Angesichts eines solchen unerhörten Vorgehens wird erst vollständig ersichtlich, daß die Forderung um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, welche allein dafür bürgen könnte, derartige schwere Geschäftsergebnisse zu vermeiden, für alle Arbeitnehmer eine ethische Forderung von allergrößter Bedeutung darstellt.

In Erkenntnis der ungeheuren Tragweite, im Bewußtsein der unbedenklichen Berechtigung unserer von der Regierung anerkannten Forderung rufen wir Euch zu, mit uns gemeinsam diesen Kampf zu führen, bis die reaktionären Anschauungen einer vergangenen Epoche überwunden sind.

Kollegen und Kolleginnen!

Unser Kampf ist Euer Kampf! Unser Sieg ist Euer Sieg! Angeheure Opfer sind von den Streikenden bereits gebracht. Wer möchte da abseits stehen? Wir rufen Euch zu:

Wartet Euch bereit, auf unseren Ruf sofort in den Streik um das Mitbestimmungsrecht einzutreten.

Wahret bis: Solidarität!

Die Zentralstreikleitung.

Die Obleute sämtlicher Angestelltenausschüsse Groß-Berlins, soweit nicht im Streik befindlich, werden aufgefordert, heute, Montag, abends 8 Uhr, in den Russischen N. Kaiser-Wilhelm-Strasse, vollständig zu erscheinen. Zentralausschuss der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins.

Weit über 6000 Angestellte des Siemenskonzerns nahmen im Circus Busch, nachdem eine Anzahl Organisationsvertreter zur Streikflagge gesprochen hatten, einstimmig eine Resolution an, worin sie sich mit Entrüstung gegen die absonderliche Haltung der Unternehmer wenden und die Streikleitung auffordern, sofort Vorbereitungen für eine verschärfte Fortsetzung des Streiks zu treffen.

Die Angestellten der Wergenthafer Schmalzmaschinen-Fabrik G. m. b. H., Berlin N. 4, haben sich am Sonnabend dem Streik der Angestellten in der Metallindustrie angeschlossen, nachdem ein Versuch zur gütlichen Beilegung der Differenzen an dem ablehnenden Standpunkt der Direktion scheiterte.

Massenversammlung der ausländigen Bankbeamten.

Etwa 5000 Bankbeamte versammelten sich gestern vormittag im Circus Busch, um den Bericht über den Stand der Verhandlungen entgegenzunehmen. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

Die am 13. April im Circus Busch versammelte Angestelltenchaft der Berliner Bankbeamten sieht in dem Vorstehenden des Verbandes Berliner Bankbeamten, Herrn Dr. Mosler, Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft, die Ursache und den Ort aller reaktionären und angestelltenfeindlichen Bestrebungen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die herausfordernde Haltung der Bankleitungen sowohl in der Entstehungsbefehle des Streiks als auch in den inzwischen geführten Verhandlungen hauptsächlich auf ihn zurückzuführen sind und verlangt, daß er von seinem Posten zurücktritt.

Eine zweite Entschliessung appelliert an die Solidarität der Kollegen und fordert, daß das alte Gehaltsverhältnis im Bankgewerbe im ganzen Reich abgelöst wird durch eine den modernen Zeitverhältnissen entsprechende demokratische Gewerbeverfassung. Die Regierung habe es in der Hand, die Angestellten in diesem Kampfe zu unterstützen. Deshalb erwarten die Ausländigen, daß die Regierung dem Arbeitgebertum gegenüber von ihrem Rechte Gebrauch macht.

Am gestrigen Sonntagvormittag fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Krüger neue Besprechungen statt. Bei den letzten Verhandlungen war verlangt worden, daß die Angestellten ihre Forderungen über das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben formulieren sollten. Infolgedessen hat der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten den Entwurf für ein Kolleggesetz fertiggestellt, das bis zum Erscheinen des von der Nationalversammlung zu erlassenden Gesetzes in den Bankbetrieben Gültigkeit haben soll. Nach demselben werden zur Wahrnehmung der allgemeinen und besonderen Interessen der Arbeitnehmer Betriebsräte auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Wirkungsbereich der Betriebsräte erstreckt sich auf alle, die Gesamtheit der Arbeitnehmer wie des einzelnen, betreffenden Fragen des Arbeitsvertrages. Alle Verfügungen der Betriebsleitungen bedürfen zu ihrer Rechtfertigung des Einverständnisses des Betriebsrates. Wird dieses Einverständnis nicht erzielt, ist ein Schlichtungsausschuss, der sich zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern zusammensetzt, zuständig, zu dem das Reichsarbeitsamt oder eine ihm untergeordnete Instanz den unparteiischen Vorsitzenden zu stellen hat. Die Entschcheidung dieses Schlichtungsausschusses ist endgültig.

Insbesondere ist das Mitbestimmungsrecht dem Betriebsrat gewährt für die Fragen der Einstellung, Beförderung, Versetzung und Kündigung der Arbeitnehmer.

Dritter Tag!

Die neue Anleihe der Brandenburgischen Kommunalverbände trägt nach dem Kurs gerechnet fast 4% Zinsen, darum zeichnet! Sparkassen und Banken nehmen Zeichnungen an.

Streik der Brauereiangestellten Groß-Berlins.

Wochenlange Verhandlungen zwischen dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend und den Angestelltenverbänden, sowie den Tarifkommissionen der Handlungsgeschäften und der technischen Angestellten haben zu keiner Einigung geführt. Bezüglich der Gehaltsforderung war das Verhalten des Vereins gegenüber den beiden Gruppen der Angestellten verschieden. Diejenigen der Handlungsgeschäfte wurden teilweise, jedoch in durchaus unzureichender Höhe, bewilligt; auf diejenigen der technischen Angestellten ließ sich der Verein dagegen nicht einmal zu einem zahlenmäßigen Gegenanschlag herbei. Hieraus ergibt sich unverkennbar das Bemühen des Vereins, die Verhandlungen hinzuziehen und die beiden Gruppen der Angestellten zu trennen. Die das Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse betreffenden Forderungen der Angestellten wurden abgelehnt.

In auffallendem Gegensatz hierzu steht das Ergebnis der vom Verein mit den gewerblichen Arbeitnehmern geschlossenen Tarifverhandlungen. Obwohl die Höhe dieses Tarifs die Gehaltsforderungen für große Gruppen der Angestellten weit übertrafen, wurden sie doch am Freitag angenommen. Um eine weitere Verschleppung zu vermeiden, entschlossen sich die Angestellten, bis Sonnabend, 11 Uhr, ein Ultimatum zu stellen. Das Ultimatum blieb ohne Antwort. Darauf beschloßen die am Sonntag im Böhmischen Braubau, Landsberger Allee, versammelten kaufmännischen und technischen Brauereiangestellten, etwa 1200 an der Zahl, mit überwältigender Mehrheit, die Arbeit am Montag, den 14. d. M., nicht wieder anzunehmen und so lange im Streik zu verharrten, bis das Mitbestimmungsrecht der Ausschüsse und die Gehaltsforderungen bewilligt sind.

Die Zentralstreikleitung befindet sich im Rosenthaler Hof, Rosenhaller Str. 11/12. Alle Meldungen der einzelnen Betriebsstreikleitungen sind dorthin zu richten. Verhandlungen dürfen nur von der Zentralstreikleitung geführt werden; Anträge sind dort erstbittig. Die tägliche Paroleausgabe erfolgt mittags 1 Uhr; jede Betriebsstreikleitung hat dieselbe durch Voten abholen zu lassen. Die Zentralstreikleitung: Klingberg, Goetwaldt.

Drohender Streik der Landschaftsgärtner.

Die Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation, um einen neuen Tarif mit zeitensprechenden Löhnen zu erzielen, haben sich zerfallen. Die Versammlung der Vereinigung deutscher Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner im Verband der Handelsgärtner hat am 10. April einstimmig beschlossen, die Forderungen der Arbeiterchaft abzulehnen. Die freigewerkschaftliche Organisation der Gärtnere und Gärtnerarbeiter, hat noch einmal durch Annahme des Schlichtungsausschusses für Groß-Berlin versucht, den Lohnstreik still zu regeln. Eine am Mittwoch, den 16. April stattfindende Gruppenversammlung wird weitere Beschlüsse fassen. Ist bis zu diesem Tage keine Einigung erzielt, so empfiehlt die Organisationsleitung für kommenden Donnerstag den Streik. Verband der Gärtnere und Gärtnerarbeiter, Gruppe Landschaftsgärtner, Berlin S. 42, Luisenufer 1.

Die Lohnzahlung für die Arbeiterschaft der Firma Julius Fintsch & Co., Andreasstraße 71, findet heute, Montag, vormittags 10 Uhr im Betriebe statt.

Versammlung am heutigen Montag.

Versicherungsangestellte. Nachmittags 3 Uhr in der Union-Brauerei, Hasenheide, Versammlung „Das Mitbestimmungsrecht“. Beschlußfassung. Verbandsausweis mitbringen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr für die Metallarbeiter Berlins und Umgegend im Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147. Tagesordnung: Fortsetzung der verlagten Versammlung vom 1. und 7. April d. J.

Cyrtische Anstalt G. P. Geyer & Co. 8 Uhr im Bürgercafé des Friedemann-Rathhauses Betriebsversammlung. Cammerz- und Diskontobank. Vormittags 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 1, Betriebsversammlung.

Groß-Berlin

Montag, den 14. April, findet die juristische Sprechstunde von 3 bis 5 Uhr statt.

Zoll der Zucker auch noch frei werden?

Das Nachrichtenblatt für das Reichernährungsamt schreibt: Durch die Presse gehen vielfach Nachrichten, daß der Handel mit Zucker zu einem bestimmten Teil bereits freigegeben sei. Diese Nachrichten sind unrichtig. Die Zuckerwirtschaft wird im laufenden Wirtschaftsjahr in der bisherigen Weise unverändert weitergeführt. Offenbar geben jene Mitteilungen auf mißverständliche Äußerungen über die Gestaltung der Zuckerwirtschaft im kommenden Jahre zurück. Bezüglich dieser wichtiger allerdings Ermögungen, ob es möglich ist, die Zuckerwirtschaft freier zu gestalten. Diese Ermögungen sind indessen noch nicht abgeschlossen und können zu einem endgültigen Ergebnis überhaupt erst dann führen, wenn sich die Ernte des kommenden Jahres einigermaßen abzeichnen läßt.

Eisenbahnunfall beim Potsdamer Bahnhof.

Durch einen Zusammenstoß zweier Züge sind in der Nacht zum Sonntag auf der Strecke zwischen Potsdamer und Groß-Görsch-Bahnhof eine größere Anzahl Fahrgäste verletzt worden, darunter 8 so schwer, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. Einige von diesen Schwerverletzten dürften kaum mit dem Leben davonkommen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß ein Haltssignal in Unordnung war. Es fuhr der vom Potsdamer Bahnhof kommende Vollzugzug 1990 aus, ohne daß die Strecke frei war, und stieß um 1 Uhr 10 Min. auf den Vorzugzug 1955 auf, von dem zwei Wagen durch den starken Zusammenstoß förmlich ineinandergeschoben wurden. Unter den Fahrgästen beider Züge entstand eine Panik, die sich noch dadurch vergrößerte, daß das Licht verlöschte und im ersten Augenblick sich die Folgen des Unglücks nicht übersehen ließen. Viele der Leichtverletzten warteten erst gar nicht ab, bis Hilfe zur Stelle war, und begaben sich gleich auf anderem Wege nach ihren Wohnungen, so daß ihre Zahl noch nicht genau feststeht. Die Feuerwehre brachte jedoch die Schwerverletzten Personen nach dem Elisabeth- und Urban-Krankenhaus.

Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen. Die in Berlin anwesigen Al-Lothringer und Elsaßler veranlaßten gestern im Palais-Theater eine sehr stark besuchte Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung Elsaß-Lothringens. Stadtrat Gilg aus Colmar schilderte die Zustände seines Heimatlandes seit der französischen Besetzung. Fast täglich werden Massen von deutschen Gewerbetreibenden, Beamten, Arbeitern und Angestellten aus dem Lande gewiesen und ihrer Vermögen beraubt. Der blühende elsaßische Weinbau, der Bergbau ist vernichtet. Die sozialen Gesetze werden zumgunsten der Arbeiter abgeschafft. Selbst alt-eltsässische Familien, die seit Jahrhunderten im Lande ansässig sind, werden von der Ausweisung nicht verschont. Zur Befestigung des Elsaß sind fast ausschließlich farbige Truppen verwendet worden. Es ist Pflicht des deutschen Volkes, den Elsaßern beizustehen und ihre Forderungen auf Erhaltung der deutschen Heimat zu unterstützen. — Geheimrat Professor Dr. v. B a l d e n e r festhält aus seinen Erfahrungen, daß die Einwohner des Elsaß in ihrer weitläufig überwiegenen Mehrheit ferndeutsch seien.

Der Abgeordnete C r a e f (Soz.) legte den Standpunkt seiner Partei, der Oberbürgermeister D o m i n i k u s den der Demokraten in der elsaß-lothringischen Frage dar. Nach sehr hitziger Aussprache wurden zwei Entschliessungen angenommen, in denen es unter anderem heißt: Die Versammlung erhebt Einspruch gegen die dem Friedensschluß vorgehenden völkerrechtswidrigen Maßnahmen der französischen Regierung im besetzten Elsaß-Lothringen. Sie fordert Selbstbestimmung auch für das elsaß-lothringische Volk und erklärt, daß sie nur eine solche Volksabstimmung als rechtsgültig bindend anerkennen kann, die frei und unbeeinträchtigt durch Anwesenheit fremder Truppen und Staatsbehörden zum Ausdruck kommt.

Korps-Soldatenrat Gardekorps. Vollversammlung der Soldatenräte Gardekorps Dienstag, vorm. 10 Uhr, ehem. Herrenhaus, Plinarsaal. Tagesordnung: 1. Bericht des Korps-Soldatenrats; 2. Bericht zum Rückgang.

Den wilden Straßenhändlern und Glücksspielern ging auch gestern wieder das Regiment Alexander arg zu Leibe. Die Soldaten und uniformierten Beamten der benachbarten Kavallerie benutzten sich diesmal nicht mit einer grüßlichen Säuberung der Straßenzüge, sondern suchten auch die Lokale auf, in denen sich die Straßenhändler und Glücksspieler zusammenfinden. Wieder wurden über 50 Personen festgenommen und die bei ihnen vorgefundenen Sachen, mit denen sie Handel trieben, beschlagnahmt. Aber auch diese Säuberungsaktionen haben bisher noch nicht den gewünschten Erfolg. Immer wieder tauchen neue Händler und Spielhalter auf, und so ändert sich das Gesamtbild in dieser Gegend nur wenig.

Billige Wochenkarten nicht nur für Arbeiter werden in einer Zuschrift an uns mit dem zutreffenden Hinweis darauf gefordert, daß unabhängige Anzeigstellen aller Art ein weit geringeres Einkommen haben als viele Arbeiter. Bei einer Dividendenerhöhung auf 7% Prozent muß die so erheblich verkehrte Straßenbahn zu einer solchen sozialen Maßnahme ebenso instande sein, wie der Staat für seine Vorort- und Stadtbahnen dazu moralisch verpflichtet wäre. Also heraus damit!

Groß-Berliner Lebensmittel.

Zisterfische. 250 Gramm Karmelade auf Nr. 4 der Lebensmittelkarte bis zum 19. 1 Kilogramm Semmelkörner auf Nr. 112. 1 St auf Nr. 28 der neuen Karte. Ende der Woche: 250 Gramm Karmelade auf Nr. 22 der Lebensmittelkarte. 250 Gramm Graupen auf Nr. 18 und 19. 200 Gramm Graupen auf Nr. 33 und 34 der Jugendliche-Karte. Der Zucker, der vom 16. ab auf Nr. 61 der Zuckerkarte verkauft werden soll, und ebenso das Auslandsmehl sind bis jetzt noch nicht eingetroffen. Weides wird sofort nach Ankunft zur Ausgabe gelangen. Der Nachverkauf von Eisen auf Nr. 19 der Karte findet in 3 Geschäften auch noch am Montag und Dienstag statt.

Buchholz. Abschnitt 1-3 350 Gramm Schnittmehl (46 Pf.). Abschnitt 31 und 32 für Jugendliche 250 Gramm Griech. Ferner erhalten Jugendliche im Amtshaus 1 Apfelstine zum Preis von 65 Pf. bis zu 1 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reutlingen. Heute abends 7 Uhr zwei öffentliche Frauenversammlungen in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrichstraße, und der Aula der Realschule Bodminstraße. Tagesordnung: Die zukünftige Lebensmittelverteilung. Referent: Die Stabs. Heitmann und Scholz.

Tempelhof. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße, öffentliche Volksversammlung. Gewisse Deilmann spricht über „Die politische Lage“.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Abteilung Südost. Jugendheim Brangelstraße 128 (Bereinschule) Sonntag: Von der Poststraße zum Schmellzug. — Abteilung Weihensee: Heute Jugendheim Boelckpromenade 1 (Redigenheim) Mitgliederversammlung.

Bereitschaft für Politik: Kurt Jäger, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Platzes: Alfred Ewald, Reinick: für Linien: Theodor Wiese, Berlin. Besatz: Reinick-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Reinick-Berlin-Berlin und Besatzamt: Paul Singer u. Co., in Berlin, Lindenstraße 3.

Wanzen und Motten mit Brut werden radikal vernichtet
 durch **Wanzen- und Mottentod Pfeifferol** in Flaschen zu 4,50 Mark, 3,- Mark und 1,75 Mark und **Mottentod Pfeifferol (50 Pf.)** überall zu haben.

Herr Karl Schwabe, Drogerie, Berleberger Straße 25, schreibt: „Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen, je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzen- und Mottentod. Meine Kundenschaft ist mit Ihrem Präparat außerordentlich zufrieden.“

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Unsteter für Kinder,
 Flasche 1,50 Mark und 1,50 Mark.
Parasiten-Liniment Pfeifferol gegen Ungeziefer, 2,50 Mark, 1,50 Mark.
Tricresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, Dose 1,25 Mark.
Kinder-Puder Pfeifferol, bestes Einstreumittel für Kinder.
Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schinnen,
 ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 Mark.

Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, n 65, Schulstr. 17,
 Lieferanten der Deutschen Armee in Ostpreußen, Ungarn, Serbien und Rumänien.

Admiralspalast.
 Ballett auf dem Eis
Tanz-Revue.
 Paul Kerkow und
 Erna Kersten,
 das elegant. Foxtrottanzpaar.
 Die Präludien v. Tregant.
 Wer ist die Schönste?
 7 1/2 U., Sonnt. 4 u. 7 U.
 Vorzügliche Küche.

Admirals-Kino.
 Gehetzte Menschen
 Kulturfilm mit
Clara Kimball-Young.

Theater a. Kottbuser Tor
 (fr. Sanssouci Kottb. Str. 6)
 Abends 7 1/2 u. Sonntag
 nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Elite“-Sänger
 ehem. Mitgl. d.
 Stettin-Sänger
 Seidel, Rusch, d.
 Horst, Grünig
 Schuber, Riese,
 Rastke, Otto Schrader,
 Rudi Schrader.
 Bühnen-Konz. Beg. 7 Uhr
 Sonnt. nachm. halbe Preise
1 Kind frei!
 Vorverkauf 11-1 Uhr.

Kaffee u. Konditorei Prager Platz
 Am Prager Platz 4a. Inh.: J. Erber.
 Eigene Konditorei. Wiener Küche.
Täglich 5-Uhr-TEE. Kapelle van Smitten
 nachmitt. u. abds. In- u. ausl. Tagesbl. l. groß. Ausw.

Emmler's
Möbel-Fabrik
 S. 59.
 Kottbuserdamm 3/26
 Speise-Zimmer
 Herren-Zimmer
 Schlaf-Zimmer
 Wohn-Zimmer
 Küchen
 in allen
 Preislagen.

Becker's
Rheuma-Radikal
 welches ärztlich empfohlen ist, hilft jeden
Rheumatismskranken.
 Originalflasche M. 1,75. Unbemittelte gratis.
 Außerordentlich Geneslich geschätzt!
 General-Vertrieb und Lager für Berlin:
Runge & Dorgmann, Berlin SW. 68, Alte Jakobstr. 80.
 Erhältlich in Apotheken.
Rheumal-Werke, Oberhausen (Rhd.).

Carl Hamann
 Münzstr. 17 (Alexanderplatz)
Juwelen — Uhren
 Gedigte Auswahl feinsten
Gold, Silber und Brillanten
 werden zu höchsten Preisen angekauft.

Papier-Servietten Repp-Servietten und Tisch-
 Servietten billig auch an Privat.
Hertel & Co., Belle-Alliance-Str. 69.
 Fernsprech.: 28000 9007. 177412

Diebstahl.
 Sehn Prozent Belohnung demjenigen, der mit die in
 der Nacht vom 8. zum 9. April aus meinem Lager Spandau
 Str. 33 im Werte von 50000 RM entwendeten
 Waren wie Pelzstoffe, Angänge, Garne, Wandwaren usw.
 herbeiführt oder über den Verbleib derselben ent-
 scheidende schriftliche Mitteilungen, bis zur Wieder-
 erlangung der Gegenstände beitragen, macht.
Fritz Buschkamp, SW 65, Friedrichstr. 207.
 Tel.: Zentrum 2994.

Badeanstalt zu verpachten.
 Die größte, im Zentralbad präparierte Badeanstalt mit
 Gelegenheit zum Schwimmen im freien Kanal soll für die
 kommende Badezeit unter günstigen Bedingungen verpachtet
 werden. Bewerber wollen sich mit Angebots an den unter-
 zeichneten Magistrat wenden. **Magistrat Zettow, 1788 D**

Prozesse, Rat, Bestand, mögliche Preise, Teil-
 zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
 sachen, Einzeln, Grundbesuche,
 Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach Gesellschaft m. b. H.,
 Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
 Tietz). (9-7). Glanz. Erfolge! Beobacht. Sonnt. 10-12

Gute Möbel
 zu billigsten, herabgesetzten Preisen
 sowie
kompl. Wohnungseinrichtungen
 kaufen Sie am besten direkt
 beim Tischlermeister
JULIUS APELT
 BERLIN SO, Adalbertstr. 6
 am Kottbuser Tor. 107L*

SADAM
 LEIPZIGER-
 STRASSE 27/28

Pelzpflege
Haftung gegen Feuer- u. Einbruch
 Kostenlose Abholung

Du, Männchen
heute gehen wir aber!
 Wohin? Nun, zu B. Feder einkaufen!
Auf bequeme Teilzahlung
Vornehme Damen-Kleidung
 Kostüme in farbigen Stoffen, Taffet-Kostüme,
 Jackenmäntel, hell und farbig, seid. Strickjeans,
 Mäntel und Mantelkleider in seid. und Taffet,
 Kleider in helde und weissen Stoffen, Waschblumen,
 seidene Blusen, seid. Umhänge in allen Farben.
Neueste Herren-Kleidung
 Sakko-Anzüge, Culways, Paletots, Uster
 Alles in grösster Auswahl zu bill. Preisen
 Anzahlung u. Ratenzahlung nach Uebereinkunft
 Werktätlich geöffnet von 8 bis 7 Uhr.

Achten Sie auf nachstehende Adressen
 Berlin: Brunnenstraße 1 | Kottbuser Damm 103
 Oder: Frankf. Allee 350 | Westl. Char. Bp. Scharreut. 5
B. FEDER

Keine Wanze mehr für
 nur mit Kammerjäger Bergs Nicodanal I. u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
 Erfolg verblüffend. Kinderrecht anzuwenden. Gesetzlich
 geschützt. Doppelpaket M. 2,-. Ausreichend für 1 bis
 3 Zimmer und Betten. 66/19
 Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
 Bei Eink. von M. 2,40. oder Postcheckkonto Berlin 31 286
 portofr. Zus. durch Herrn A. Groedel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Arbeitsbund für Werbelehre.
 Geben erscheinen: 122/7
 Zwei neue Beschäftigten von
 G. Hermann Schmidt.
 1. Das politische Werbewesen im Kriege
 (R. 1,-)
 2. Das politische Werbewesen in der
 Umsturzzeit (R. 1,-).
 Gegen Sockelgeld von M. 2 portofrei zu beziehen durch
Zeis Schattner, Neudöln, Soalestr. 27.

Alte Gebisse pro Zahn
 bis
 1, 2 u. 6 M.
 Gold-Gebisse bis 150 M., Platin pro Gr. 12 M.
Frau C. u. E. Willig, Hamburg 22, Volksdorfer Str. 5.

Zähne
 mit und ohne Gumenplatte, Kronen,
 Brücken, Plomben jed. Art, mod. Gold-
 technik, Umarbeitung schlechtesten-
 Gebisse, Reparatur sofort. Schmerzlös.
 Zahnziel. Mäßige Preise evtl. Teilzahl.
M. Löser, nur Brunnenstr. 185,
 zwischen Rosenbater Platz und Invalidenstr. 6.
 Sprechstunde 9-7 Uhr, Sonntags 9-12 Uhr.

Farbige Zivil-Paletots
 in großen und kleinen Quantitäten möglichst sofort zu
 kaufen gesucht. Offerten erbeten an **W. H. Scherl,**
 Berlin 10, Rosenheimer Str. 37. 49/13

Wie ein Wunder
 besessen
San. Rat Haussalbe
 Dr. Strahl's
 jed. Hautausschlag, Flecht-
 krankheit, bes. Belnschad.,
 Krampfadern der Frauen
 u. dergl. in Originaldose
 4 25 7 50 erhältlich in der
 „Eisler-Apothek“
 Berlin SW IV, Leipziger
 Straße 74 (a. Hühnerhof)

!!! Geld !!!
 für jede Menge. Große An-
 kaufpreise für Goldschmied-
 Brillanten, Goldgegenstände,
 Teppiche, Bilder usw. Wollf.
 Friedrichstr. 41 III, Ecke Rodstr.

Leinen, Nessel,
 Verd. Julek, Dumak, Krug-
 heil, Gutter laut Kilgberg,
 Nordbrgstr. 4. Steinkl. 6097.
Piano kauft
 Asser, Fienoldweg Str. 1.
 Gruppe: Roabit 1210.

Stottern
 Jeder, der stottert, singt, erhält eine fließende natürl. Sprache
Dr. Schraders Spezial-Institut
 für Stotterer etc. 1071
 Berlin W. Lützowstr. 33, Sp. 3-8 Uhr
 jeder, der stottert, singt, erhält eine fließende natürl. Sprache

Hohe Provision
 zahlbar für die Beschaffung von Aufträgen in Waffen-
 sachen, Revolverbüchsen, Gewehren, etc. u. Schweißarbeiten,
 Werkzeugen sowie Anfertigung in Berlin von kleinen Pro-
 dukten und Reparaturen aller Art; auch Arbeiten von höchster
 Präzision. Aufträge für Automobile- und Eisenbahnreife
 besorgt. Rückzahlung etwa 100 Mark. 17790
 Offerten erbeten mit Zeichnung oder Skizze erbeten an
W. H. Scherl, Berlin O 27, Rosenthaler Str. 37. 15/13

Steppzwirne
 und Nähgarne wie auch zur Konfektion geeignete Baum-
 wolle in den verschiedenartigsten Dimensionen in
 großen und kleinen Packen sofort zu kaufen gesucht.
 Offerten erbeten an **W. H. Scherl, Berlin O 27, Rosenthaler Str. 37.** 15/13

Dr. med. Karl Reinhardt
 Berlin, Potsdamer Straße 117 (an der Lützowstraße)
Haut- und Harnleiden
 bewährte fachmännische Behandlung
 Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren
 (im Brief diskret 1,25 Mk.) in den Sprechstunden von
 1/2-2 mittags, 1/2-1/2 abends. Sonntags 1/2-11 Uhr.

Leichtheilanstalt
 Verord. geleitet, Berlin, Buchbinderstr. 149.
 Köstliche Speisen usw. 200.
 Auswärtige geübte Erholer bei Herber, Wagen, Sungen,
 Herber, Rheuma, Licht, Abwehrkraft, Doublen, Dert-
 Heile, Schuppen, etc. Preis. D. grat. Behabl. 10-1
 und 4-7. Osterstr. Behandlungsräume. Mäßige Kuepreise

Hautarzt Dr. med. Hollaender
 Berlin W 8 Hamburg
 Leipziger Str. 108 Kolonnaden 26
 Sprechst. 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonntag, 11-1.
 Aufklärende Broschüre Mk. 1,50 (Nachnahme).

Sozialdemokr. Partei Deutschlands.
 Dienstag, den 15. April, abends 7 1/2 Uhr, in
 der Aula der Reppelinschule, Lützicher Str. 38,
Verammlung
 der Angehörigen der Post- und Telegraphen-
 Verwaltung der Kemter des Nordens.
 Tagesordnung:
 1. Die Forderung der Postbeamtenhaft und die
 Sozialdemokratie. Redner: Oswald Schausen.
 2. Freie Kueprache. — Um zahlreichen Besuch wird ge-
 beten.
 208/16 Der Werbeauschub.

Liga zum Schutze der
deutschen Kultur.
 Mittwoch, den 16. April, 7 1/2 Uhr, Schultheiß-
 Brauerei, Hasenheide:
Vortrag Dr. Dehme:
Der Weg zur Weltrevolution.

Preis Kueprache. Eintritt 25 Pf. 1104

+ Bruchleidende +
 anerkannt dankbar gefeiert geführte Hernien-Bandage G. R. B.
 Einreiche Konstitution ohne jede Feder, haltbar aus Leder
 nach Maß angefertigt, selbst nichts deuten trophar. Die einzig
 artig konstruierte Bandage hält den Druck wie eine schützende
 Hand von unten heraus zurück. Garantie. Weiterentwicklung
 bewährt. Siehe an Williglerstraße und verschiedene Krank-
 heiten. Hernien-Bandagenhaus, Ringstraße 2, Halle a. S.
 Ein zu sprechen in Berlin am Mittwoch, den 16. und
 Donnerstag, den 17. April, von 9-1 und 1/2-6 Uhr, in
 Hotel Europäischer Hof, Dorotheenstraße.

Stottern
 Jeder, der stottert, singt, erhält eine fließende natürl. Sprache
Dr. Schraders Spezial-Institut
 für Stotterer etc. 1071
 Berlin W. Lützowstr. 33, Sp. 3-8 Uhr
 jeder, der stottert, singt, erhält eine fließende natürl. Sprache

Kautabak
 Qualitätsware von Weichem
 perlast zum Vordringen
 Schriftl. Off. an Orlikowski
 Carl. 4, Berlin-Charl. 10.
Hebammen. Bestraunungs-
 Frau. Deunneville. 79.

Gelegenheitskauf.
Küchen
 von 711*
250 Mark
 bis
2000 Mk.
 Kein Laden.
 Küchenmöbel-
 Verkaufslager
F. Meilinger,
 Brunnenstr. 60.
 Fernspr. Norden 132.

Ehefragen
 Verord. geleitet, Berlin, Buchbinderstr. 149.
 Köstliche Speisen usw. 200.
 Auswärtige geübte Erholer bei Herber, Wagen, Sungen,
 Herber, Rheuma, Licht, Abwehrkraft, Doublen, Dert-
 Heile, Schuppen, etc. Preis. D. grat. Behabl. 10-1
 und 4-7. Osterstr. Behandlungsräume. Mäßige Kuepreise

Rauchtabak
 (frei Erben), garantiert edelster
 viner Blättertabak, 10 Packchen
 20, 100 Packchen 20, 200
 Zigarren: 100 Stk. 20, 200
 50 Stk. 10, 150 Stk. 200
 zur Probe 10 Stk. 20 zusammen
 10 Stk. 20, 12, 40.

L. Manheimer, Berlin
 Bergmannstr. 1 (nahe Kreuzberg)
Dr. med. Haedicke
Hautarzt.
 Friedrichstraße 187-88
 an der Mohrenstraße.
 11-1, 5-7. Sonnt. 11-1.

Stoffe
 für
Damen-Kostüme
 Meter 20., 30., 40., 50.
Herren-Anzüge
 Meter 30., 60., 70., 80.
Tuchlager
Koch & Seeland
 G. m. b. H.,
 Gertraudenstr. 20/21
 Verkaufzeit v. 8-2 Uhr.

Pimpfen
 jeder Art
 sowie
Zubehör,
Ersatzteile
 U. S. W.
 liefert preiswert
W. H. Scherl
 Berlin O 27, Rosenthaler Str. 37.
Pflandscheine,
 Uhren, Brillanten, Teppiche
 etc. kauft höchstzähnd
Kron, Veteranenstr. 17 I
Mittags v. 1-3 geschloss.
Perser
 und
Deutsche Teppiche
 Möbelstoffe, Gardi-
 nen, Läuferstoffe,
 Tisch- und Diwan-
 decken, Tüllbett-
 und Steppdecken
 empfiehlt
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
 Berlin Süd, Seit 1882
 nur Oranienstrasse 158
 Mein althek. Hans hat
 keinerlei Beziehung
 zu ähnlich **laut. Firma!**